

Arbeitsgruppe 3 am 7.11.2011 Kassel:

Schilling, Wessel

„Sucht der Stadt Bestes – Kommunen vor dem Aus?“

Darstellung der Haushaltslage einer Kommune im Ruhrgebiet, die dauerhaft unter die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung von aussen, durch den Regierungspräsidenten, fällt (Nothaushaltsrecht). Durch einen hohen Anteil von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit ist die sozialpolitische Handlungsfähigkeit dieser Kommune äußerst begrenzt, zumal das Konnexitätsprinzip zunehmend wegbricht, d.h. Kommunen übernehmen Bundesaufgaben, die damit verbundenen finanziellen Ausgleich für die kommunalen Haushalte stehen kaum noch zur Verfügung. Politikverdrossenheit der Bürger und der Kommunalpolitiker ist Folge dieser Entwicklungen, sozialpolitische Verantwortung tritt dabei zunehmend in den Hintergrund, kommunale Sozialpolitik wird dabei marginalisiert.

Ein in dieser Kommune tätiges Diakoniewerk mit umfangreichen Hilfeangeboten ist von diesen Entwicklungen unmittelbar betroffen, am Beispiel Arbeitsmarkt-Instrumentenreform zum SGB II, insbesondere die prekären Folgen für langzeitarbeitslose Bürger dieser Stadt und der Zuzug rumänischer und bulgarischer Staatsangehöriger konzentriert auf Problemstadtteile dieser Stadt aufgrund der EU-Freizügigkeitsregelung, verdeutlichen diese schwierige Situation.

Sozialanwaltschaftliches Handeln der Diakonie bedeutet, sich „laut zu wehren“ gegen diese Entwicklungen, eine klare politische Position einzunehmen, Netzwerkarbeit zu forcieren, die Armutsfrage in beide Kirchen vor Ort hineinzutragen, sich aktiv an einer kommunalen Sozialberichterstattung zu beteiligen und Empowerment für die Betroffenen zu leisten. Gleichzeitig müssen die Qualitäten (Strukturen, Prozesse und Ergebnisse/Wirkungen) der Hilfeangebote im Fokus stehen, mit den knapper werdenden Ressourcen muss ordentlich umgegangen werden, sozialpolitische Lobbyarbeit verstärkt werden.